

## Liebe Leserinnen und Leser,

Nach der spannendsten aller Stimmzettelzähl Nächte der bundesdeutschen Wahlgeschichte steht fest: „Gerhard“ darf tatsächlich „dranbleiben“ an den Schalthebeln der Macht in Berlin, und mit ihm auch „Joschka“, der in aller Welt laufende Außenminister. Das erlösende Siegerlächeln der beiden dürfte jedoch mit Blick auf die Weltpolitik nur allzu rasch neuen Sorgenfalten weichen. Denn der von den USA vor einem Jahr, am 7. Oktober 2001, mit dem Start der Militäroffensive gegen das Taliban-Regime in Afghanistan begonnene weltweite „Krieg gegen den Terrorismus“ dürfte schon bald in eine neue Runde gehen - ungeachtet des jüngsten Einlenkens der Iraker Führung in Sachen UN-Waffeninspektionen. Erste „politische Kollateralschäden“ eines dritten Golfkriegs zeichnen sich schon jetzt ab: Denn Deutschland - im Afghanistankrieg noch „Partner in Leadership“ auf Probe - muß wohl vorerst zur Strafe für die diversen stimmträchtigen Provokationen des Kanzlers und aus dem Kreis seiner Kabinettskollegen an die Adresse der Bush-Administration am diplomatischen Katzentisch Platz nehmen. Angesichts der Unwägbarkeiten und enormen Risiken, die ein mit militärischen Mitteln erzwungener Regimewechsel in Bagdad für das gigantische Pulverfaß namens Naher und Mittlerer Osten mit sich bringen könnte, ein auf den ersten Blick leicht zu verschmerzender Preis. Vorübergehende Börsenturbulenzen, ein zwischenzeitlicher Anstieg der Ölpreise und ein paar Debatten im Parlament wären wohl ebenso zu verkraften.

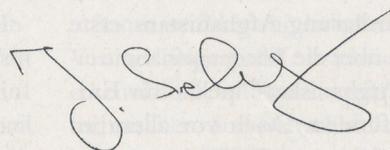
Wesentlich heftiger dürften sich die Schockwellen eines neuen Waffengangs auf die schon durch den Militärschlag gegen Afghanistan in gefährliche Schieflage geratene politische Ordnung in Südasiens auswirken. Denn der schöne Schein der mit westlichem Segen in Kabul residierenden Übergangsregierung darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß militant-islamistische Strömungen nicht nur im Nachbarland Pakistan weiterhin aktiv sind, sondern auch in Afghanistan selbst. Wie labil die Lage ist, zeigt die jüngste Serie von Attentaten, Bombenanschlägen und bürgerkriegsähnlichen Unruhen in manchen Landesteilen. Auch der Kashmirkonflikt, der Bürgerkrieg in Nepal und die antimuslimischen Pogrome im indischen Unionsstaat Gujarat - allesamt mittlerweile in der einen oder anderen Weise mit dem Antiterrorfeldzug der USA verknüpfte Konfliktpotentiale - schwelen unvermindert weiter. Sorgen bereitet hier mit Blick auf die Eskalationsgefahr der Umstand, daß in sämtlichen Problemzonen Wahlen vor der Tür stehen: Bundesparlamentswahlen in Pakistan und Nepal sowie Provinzparlamentswahlen in den indischen Unionsstaaten Kashmir und Gujarat. Lediglich Sri Lanka,

wo Tamilenrebelln und Regierung mit der Aufnahme direkter Verhandlungen im thailändischen Bangkok den Friedensprozeß zur Beendigung des seit 20 Jahren anhaltenden Bürgerkriegs erfolgreich fortsetzen, kann sich derzeit von dem eher negativen Megatrend in Südasiens abkoppeln.

Doch der turbulenten Tagespolitik zum Trotz: Hinter dem Horizont der aus den Fugen geratenden alten politischen Ordnung auf dem Subkontinent zeichnen sich bei genauem Hinsehen auch schon erste Konturen einer möglichen Neuordnung der Verhältnisse in Südasiens an. Denn Washington hat mittlerweile damit begonnen, die Früchte der in Mittelasiens, Afghanistan und Pakistan bereits halbwegs erreichten - und in der Golfregion noch angestrebten - *Pax Americana* einzufahren. Das ehrgeizige Ziel: Die Errichtung eines viele tausend Kilometer langen strategischen Pipelinennetzes, das den USA und verbündeten Industrieländern wie Japan, Südkorea und auch Europa jederzeit den Zugriff auf die überlebenswichtigen Erdöl- und Erdgasimporte aus den Fördergebieten rund um den Persischen Golf und das Kaspische Meer erlaubt. Wie die Titelgeschichte in dieser Ausgabe von SÜDASIENS zeigt, könnten von den aktuellen „Planspielen um Pipelineistan“ durchaus auch die potentiellen Anrainerstaaten Afghanistan, Pakistan und Indien profitieren. Das Rennen um die Rohstoffe in der Neuauflage des kolonialen *Great Game* der Großmächte ist jedenfalls längst eröffnet. Übrigens: Vor diesem Hintergrund wird vielleicht auch verständlich, warum Großbritannien unter Premier Blair - die versiegenden Nordseeölfelder vor Augen und die Lobbyisten von *British Petrol* im Rücken - den nibelungentreuen Schulterschuß mit den Amerikanern sucht. Aus dieser Perspektive betrachtet könnte der „Platz am Katzentisch“ für Schröder-Deutschland auf lange Sicht doch noch ziemlich teuer zu stehen kommen. Panne oder nicht: Anlaß genug jedenfalls, in dieser Ausgabe auch das neue Asienkonzept der Bundesregierung mit einem Schwerpunkt auf die Subregion Südasiens mit einer ausführlichen Analyse gründlich unter die Lupe zu nehmen. Soviel sei schon verraten: Das Thema Öl und Gas kommen darin nicht vor...

Im Namen der Redaktion wünsche ich Ihnen bei der Lektüre viel Vergnügen,

Ihr



(Jorge Scholz)